

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und die Anzeigengabe-Abteilungen entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Stück 10 Pf. — Anzeiger Nr. 23.

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigerpreis: Die Anzeigengabe-Abteilung stellt für Anzeigen aus Aue und Umgebung 20 Goldpfennige, aus mährischen Anzeigern 25 Goldpfennige, Kellern-Anzeigern 30 Goldpfennige, sonstige Anzeigern 35 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 263

Donnerstag, den 12. November 1925

20. Jahrgang

Köln wird erst im Januar geräumt?

London, 10. Nov. Der Kölner Vertreter des „Manchester Guardian“ will von offizieller Seite die Bestätigung dafür erhalten haben, daß die Räumung Kölns beschlossene Sache sei, aber noch wegen der Schaffung von Unterbringungsbedingungen für die englischen Truppen in Wiesbaden Schwierigkeiten bestehen. Die Kasernen und Quartiere müßten erst repariert und geändert werden, um den englischen Anforderungen zu entsprechen. Das Tempo der Räumung hänge jetzt davon ab, wann hierüber eine Verständigung zwischen der französischen und der englischen Besatzungsbehörde erzielt werden könne. Der aus Offizieren bestehende Untersuchungsausschuß sei am Sonnabend nach Wiesbaden zurückgekehrt und arbeite jetzt an einem Bericht, der dem General Ducane bei seiner wahrscheinlich am 13. No-

vember erfolgenden Rückkehr nach Köln unterbreitet werden soll. Nach Prüfung der Berichte werde General Ducane mit dem französischen Oberkommandierenden Guillaumat verhandeln und das Ergebnis dieser Verhandlungen werde dem Vorkommando übermittelt werden. Die notwendige Zustimmung des Vorkommandos sei schwerlich vor Mitte Dezember zu erwarten, da in Anbetracht der Schwierigkeiten, eine Armee von 7000 Mann zu verlegen, die Räumung Kölns kaum vor Mitte Januar beginnen werde. Der Korrespondent debattiert deshalb, daß man in Köln falsche Hoffnungen erweckt habe, d. h. daß die Deutschen jetzt das Unmögliche erwarten. Die unausbleibliche Folge hiervon sei, daß jetzt eine gewisse Bitterkeit unter der deutschen Bevölkerung herrsche.

Abreise des Reichspräsidenten nach Süddeutschland.

Berlin, 10. Nov. Der Reichspräsident ist heute abend 8,54 Uhr nach Süddeutschland abgereist, um den Regierungen von Württemberg, Baden und Hessen einen Besuch abzustatten und anschließend auch die Stadt Frankfurt a. M. zu besuchen. In der Begleitung des Reichspräsidenten befinden sich Staatssekretär Dr. Meißner und der persönliche Adjutant, Major v. Hindenburg.

Interalliierte Kriegsberichterstattung.

Der frühere englische Unterstaatssekretär Arthur Ponsonby stellt in einer Zuschrift an die Zeitschrift „The Nation“ folgende Zeitungsbereiche aus dem Jahre 1914 untereinander:

Die „Kölnische Zeitung“ schrieb: „Als der Fall Antwerpen bekannt wurde, kloteten die Kirchenglocken“ (nämlich in Deutschland).
Darauf der „Matin“ (Paris): „Laut „Kölnische Ztg.“ wurde die Geistlichkeit von Antwerpen gezwungen, beim Fall der Festung die Kirchenglocken läuten zu lassen.“
Nunmehr die „Times“ (London): „Wie der „Matin“ aus Köln erfährt, wurden die belgischen Geistlichen, die sich weigerten, beim Fall Antwerpen die Kirchenglocken läuten zu lassen, aus ihren Kerkern vertrieben.“
Weiter der „Corriere della Sera“ (Mailand): „Wie die „Times“ aus Paris über Köln erfahren, wurden die unglücklichen belgischen Geistlichen, die sich weigerten, beim Falle Antwerpen die Kirchenglocken läuten zu lassen, zu Zwangsarbeit verurteilt.“
Und nun nochmals der „Matin“: „Wie der „Corriere della Sera“ aus Köln über London erfährt, bestätigt sich, daß die barbarischen Eroberer von Antwerpen die unglücklichen belgischen Geistlichen für ihre heldenhafte Weigerung, die Kirchenglocken läuten zu lassen, dadurch bestrafen, daß sie sie mit den Köpfen nach unten als lebende Kuppel an die Glocken hängten.“

Die Rückkehrungen.

London, 10. Nov. Der „Daily Telegraph“ kündigt an, daß die Alliierten am 11. November, am Jahrestag des Waffenstillstandes, Gelegenheit nehmen werden, die zwischen London, Brüssel und Paris vereinbarten Änderungen des Rheinlandregimes anzukündigen. Der „Daily Telegraph“ spricht die Erwartung aus, daß die Konzeptionen der Alliierten, die aufschneidend zum Teil recht komplizierter juristischer Natur sind, dem deutschen Volk durch eine Rede des Außenministers erläutert würden.

Keine deutschen Kredite an Rußland.

London, 10. Nov. Wie die „Times“ aus Berlin melden, soll die deutsche Industrie die Rußland bei Abschluß des Handelsvertrages zugesicherten Kredite nicht leisten können. Tschitscherins plötzliche Reise von Wiesbaden nach Berlin sei in erster Linie hierdurch veranlaßt worden nicht durch die Revolutionsfeier am 7. November in der russischen Botschaft.

Die „Times“ schreiben, trotz aller amerikanischer Kredite stehe die deutsche Industrie heute vor einem Mangel an Bargeld und vor einer Krise, die noch lange nicht ihren Höhepunkt erreicht haben.

Deutsch-russisches Fischereiabkommen.

Moskau, 10. Nov. Deutsche Fischer teilen sich mit einer nordwestlichen Firma als einzige Ausländer in das Privileg, in sowjetrussischen Gewässern fischen zu dürfen. Der Rat der Volkskommissare hat ein Abkommen des Hauptkonzeptionskomitees mit den deutschen Fischerorganisationen genehmigt, wonach die letzteren Erlaubnis erhalten, in einer Entfernung von drei bis zwölf Meilen von der nordrussischen Küste zu fischen. Dieses Abkommen ist eine Folge des deutsch-russischen Handelsvertrages, der eine besondere Klausel über die deutschen Fischereirechte enthält. Ihm wird hier deshalb besondere Bedeutung beigelegt, weil er eine Anerkennung des zum Beispiel von England bestrittenen Rechtes der Sowjetregierung enthält, die Zwölfmeilenlinie als Hoheitsgrenze der Sowjetunion festzusetzen.

Zum Ablauf der Amtsdauer des Oberkommissars der Freien Stadt Danzig.

Danzig, 10. Nov. Wie der Oberkommissar des Völkerbundes dem Senat mitteilt, hat der Generalsekretär des Völkerbundes die Mitgliedstaaten des Völkerbundes durch ein Rundschreiben vom 29. Oktober 1925 darauf hingewiesen, daß die Amtsdauer des jetzigen Oberkommissars der Freien Stadt Danzig am 22. Februar 1926 abläuft und daß sich der Rat des Völkerbundes daher demnächst mit der Frage der Ernennung eines Nachfolgers von dem genannten Zeitpunkt ab zu befassen haben wird. Ueber die Person des voraussichtlichen Nachfolgers ist amtlich bisher nichts bekannt geworden.

Vorbereitungen zur Unterzeichnung des Locarno-Vertrages.

London, 10. Nov. Wie Reuter erfährt, wird der König von England voraussichtlich am 1. Dezember, dem für die Unterzeichnung der Locarno-Verträge vorgesehenen Tage, den Unterzeichnern ein Bankett im Buckingham-Palast geben. Es werden im ganzen etwa 36 Persönlichkeiten, darunter die Außenminister der beteiligten Staaten, erwartet. Die Unterzeichnung der Verträge soll entweder im Foreign Office oder im Saint James-Palast stattfinden.

Eine amerikanische Stimme zum Vertrag von Locarno.

New York, 10. Nov. „St. Louis Post Dispatch“ bringt in einem Leitartikel die Ansicht der deutschen Regierung, die Locarno-Verträge dem Reichstage erst vorzulegen, wenn die Alliierten Beweise geben, daß sie ihre Verpflichtungen hinsichtlich der Räumung der Kölner Zone und der Rheinlandbesetzung erfüllen werden. Internationale Verträge müßten von allen Teilnehmern in gutem Glauben ausgeführt werden. Eine loyale Erfüllung von Seiten der Alliierten sei besonders nötig im Hinblick auf die kritische Lage der deutschen Regierung. Andererseits müsse Deutschland ebenfalls guten Willen zeigen. Der Rücktritt der deutschnationalen Kabinettsmitglieder sei dafür ein unerfreuliches Anzeichen.

Die neuerdings bekannt werdenden Vorbehalte der englischen Regierung zur Räumung Kölns sind wenig dazu angetan, eine „loyale Erfüllung“ von Seiten der Alliierten erkennen zu lassen. Hoffentlich sieht man dies auf der Gegenseite noch rechtzeitig ein und bewerkstelligt die Räumung am 1. Dezember.

Die deutsche Antwort auf die Entwaffnungsnote.

Berlin, 10. Nov. Nach einer Meldung des „Berl. Tagebl.“ sollen die Beratungen über die Antwort der Reichsregierung auf die letzte Entwaffnungsnote der Vorkommission unmittelbar vor dem Abschluß stehen. Die Innenminister der deutschen Länder sind für heute nach Berlin zu einer Konferenz mit der Reichsregierung über die Entwaffnungsfrage berufen worden, an der auch einige Ministerpräsidenten teilnehmen. Das Blatt glaubt zu wissen, daß die deutsche Antwortnote nach heute nach Paris würde abgeschickt werden können.

Zum deutsch-italienischen Handelsvertrag.

Rom, 10. Nov. Der „Secolo“ hatte eine Unterredung mit dem Präsidenten der italienischen Großindustriellen Vereinigung Benni über den Abschluß des Handelsvertrages mit Deutschland. Benni erklärte, daß dieser Handelsvertrag für Italien nicht ungünstig sei. Vorläufig würde aber Deutschland den größeren Vorteil wegen der Meißbegünstigungsklausel davon haben. Wenn Deutschland aber später auch seinerseits Handelsverträge abschließen werde, dann werde diese Meißbegünstigungsklausel auch Italien Vorteile bringen. Die italienische Industrie werde in der Uebergangzeit allerdings auf eine harte Probe gestellt.

Beginn des Handelskrieges mit Spanien.

Madrid, 10. Nov. Der spanische Außenminister General Valencia erschien auf der deutschen Botschaft in Madrid und erklärte trotz Gegenvorstellungen des Vorkommandos, daß nunmehr zwischen Deutschland und Spanien der Handelskrieg ausgebrochen sei. Er hoffe jedoch, daß dieser keine längere Dauer werde, und wies darauf hin, daß Spanien die Handelsvertragsverhandlungen möglichst bald fortzusetzen wünsche.

Die von Spanien veröffentlichte Verordnung über den Handelskrieg gegen Deutschland ist jetzt, wie an zuständiger Berliner Stelle bestätigt wird, in der Nacht 12 Uhr von Sonntag zu Montag in Kraft getreten, so daß also deutsche Waren so gut wie gar nicht mehr nach Spanien gelangen können. Die deutsche Delegation unter Führung des zum Vorkommando für die besetzten Gebiete auserwählten deutschen Vorkommandos, Freiherrn von Simmern, steht inzwischen immer noch mit der spanischen Delegation in Böhmen, um die spanische Regierung zur Aufhebung dieser Verordnung zu veranlassen. Sollte dies nicht gelingen, so müßte Deutschland mit Gegenmaßnahmen antworten.

20 Personen unter dem Verdacht der Geheimbündelei verhaftet.

Königsberg, 10. Nov. Wie gemeldet wird, sind durch Beamte der Landeskriminalpolizei Königsberg unter Leitung des Polizeipräsidenten als Leiter der Landeskriminalpolizei auf zwei großen Gältern im Bezirk Allenstein untergebrachte Leute unter dem Verdacht der Geheimbündelei festgenommen worden. Es handelt sich um zwanzig Personen, von denen zwei als Führer und Organisatoren tätig waren. Die Verhafteten stammen aus Pommern, Mecklenburg, Hamburg, Bayern und Oberschlesien. Die Verhafteten sind militärisch gekleidet, waren im Besitze von Waffen und haben mit diesen Waffen auch Übungen veranstaltet. Gewehre, Munition und anderes Material ist beschlagnahmt worden. Die Verhafteten sind zur weiteren Untersuchung nach Königsberg gebracht worden.

Studentenkrawalle beim Rektoratswechsel in Wien.

Wien, 10. Nov. Bei der heutigen Rektoratsinauguration an der Wiener Universität, an der auch der Bundespräsident Dr. Dainisch teilnahm, kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen demokratischen und deutschösterreichischen Studenten in der Aula und auf den Gängen der Universität. Die Deutschösterreichischen wollten die Chargierten der deutschfreihellen (demokratischen) Studentenschaft nicht in den Besah der Universität zur Feier gelangen lassen. Obgleich der Rektor, Hofrat Prof. Dr. Auld, selbst intervenierte, ließen die Deutschösterreichischen trotzdem die Teilnahme der deutschfreihellen Chargierten zugestimmt hatten, diese nicht zu. Der Rektor erklärte darauf, daß auch die Chargierten der Deutschösterreichischen den Besah verlassen müßten und die Inaugurationsfeier ohne die Vertreter der Studentenschaft stattfinden werde. Auf der großen Festhalle der Universität und auf der Straße kam es hierauf noch zu vereinzelten Demonstrationen und Zusammenstößen, die jedoch nach kurzem durch die Polizei beendet wurden.

ben
Feuerfest
Aue.
Beschäftigte
727
Tageblatt
Nr. 27a
ereien
raffees —
uns durch
angeht.
Cherei
auswände.
Bleichmitteln
scheidung
ung.
Ergebigen
Nr. 381
tel
OR
chung!
man sich
Waagen
Ernst Deder
Freitag
die Art,
smachen.
atterie
amber
Dole
Markt
reberg